

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher B 1547
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. ::
Anzeigen der Zahlstellen 10 Pfg.

No. 4

Cöln, den 15. Februar 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Werbt eifrig neue Mitglieder für den Verband!

Kulturarbeit.

Oberflächlich betrachtet erscheint die Gewerkschaftsbewegung als eine rein materielle Bewegung. Der Gegner sieht auch nur die geführten Streiks und die zur deren Durchführung verwandten Summen, um hiermit die „kulturschädigende“ Tätigkeit der Kampforganisationen beweisen zu können. Er vergißt, und wohl in den meisten Fällen mit Absicht, diejenige Tätigkeit der Gewerkschaften zu erwähnen und in Vergleich zu stellen, die als eine direkt kulturfördernde bezeichnet werden muß.

Dem aufmerksamen Beobachter dagegen zeigt die Zahl der Mitglieder einer Gewerkschaft, eines Verbandes sofort eine Unsumme von organisatorischer und erzieherischer Arbeit. Welcher Aufopferung und Selbstverleugnung der einzelnen vorwärtstrebenden Mitglieder hat es bedurft, um diese hunderttausende von Volksgenossen aufzurütteln, ihnen das verlorene Selbstvertrauen, die alles erhaltene Hoffnung wieder zu geben. Ist es etwa für den Kulturzustand eines Volkes gleich, ob Hunderttausende von Volksgenossen resigniert, in dumpfer Hoffnungslosigkeit dahinlebt, oder wenn diese Massen zum selbständigen Denken erzogen, mit Verständnis für ihre Berufs- und Standesinteressen eintreten. Wird nicht ein solcher Arbeiter auch Verständnis für seine Umgebung, für die nationalen und sonstigen Interessen des Volkes, dem er angehört, haben? Sehen wir denn gegenwärtig nicht, wie es gerade die Gewerkschaften sind, die die sozialdemokratische Parteileitung zwingt, von der Verwirklichung ihrer Pläne, die ein Ruin der deutschen Volkswirtschaft bedeuten, abzusehen. Ohne die erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaften wäre die deutsche Volkswirtschaft wohl schwerlich von großen Erschütterungen verschont geblieben.

Die Disziplinierung der großen Masse ist ebenfalls ein gutes Stück Kulturarbeit. Die Gewerkschaft muß ihre Mitglieder zur richtigen Beurteilung der gegebenen Verhältnisse erziehen. Wie oft mußten nicht die Führer der Gewerkschaften, die durch Not und Unverstand entfachten Leidenschaften im Interesse ganzer Bevölkerungsschichten zügeln? Und in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist noch kein Fall zu verzeichnen, wo die Massen die Gefolgschaft verweigerten. Das stete Abwägen zwischen dem Wollen und dem Können, zu dem die Mitglieder erzogen werden müssen, gibt ihnen

mit der Zeit die Möglichkeit, auch in anderen Fragen sozialer, nationaler Art sich ein richtiges Urteil zu bilden. Sollte dieses etwa kein Vorteil für den Kulturzustand eines Volkes sein?

Nicht zuletzt ist auch die Gewerkschaftsbewegung eine Ursache mit gewesen für den technischen Fortschritt. Solange die menschliche Arbeitskraft billig und wohlfeil zu erhalten ist, solange liegt auch eigentlich keine Ursache vor, an dessen Stelle die mechanische Kraft, die Maschine zu stellen. Durch die gewerkschaftliche Tätigkeit ist aber die menschliche Arbeitskraft, um sich kaufmännisch auszudrücken, im Preis bedeutend gestiegen. Die Technik wurde dadurch indirekt angeregt, Verbesserungen an den technischen Einrichtungen vorzunehmen, um die durch höhere Löhne und verkürzte Arbeitszeit bedingten höheren Produktionskosten wieder einzubringen.

Durch die gewerkschaftliche Tätigkeit werden ohne Zweifel höhere Bedürfnisse geweckt. Zunächst materielle (bessere Arbeitsbedingungen), gewiß; aber auch Bedürfnisse höherer Art. Es sind die kleinsten Kämpfe nicht wohl aber die opferreichsten, die um Prinzipien, um Rechte und Freiheiten der Arbeiter geführt werden. Sodann wäre es verfehlt, den Zusammenhang zu übersehen, der zwischen der materiellen oder wirtschaftlichen Lage des Menschen und höheren Kulturbedürfnissen und Kulturfähigkeiten besteht. Eine Verminderung der Sorge um die materielle Existenz, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, schafft größere Möglichkeiten zu einer Vertiefung des gesamten Lebensinhaltes. Nicht jeder Bettler ist ein Lump, aber andauerndes Betteln setzt doch zum mindesten die sittliche Widerstandskraft herab. Ohne relativ anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eine geistige Fortbildung des Arbeiters, ist ein inhaltsreiches Familienleben, ist die Anteilnahme an ideellen Bestrebungen aller Art, ist eine Ausübung höherer staatsbürgerlicher Pflichten erschwert, die Möglichkeit dazu eine beschränkte. Höheres Kulturstreben bedarf einer gewissen materiellen Grundlage. Dem Arbeiter, der sich noch mit dem Schnapsglas über die Trübsal elender Arbeitsverhältnisse hinwegtrösten muß, kann man lange von „höheren Bedürfnissen“ und von dem Willen und der Kraft zur Mitarbeit an der Hebung seines Berufes und seines Standes sprechen, er weiß von nichts. Und doch wird der Gewerkschaftsagitator auch vor solche Arbeitergruppen gestellt, und hier leistet er im wahren Sinne

des Wortes Missionstätigkeit; hier ist er Kulturpionier, Erzieher von Erwachsenen. Er muß an Arbeiter heran, die die Not des Lebens, Erziehung und Milieu, moralisch entnervt und entwürdigt hat, an Standeskollegen, die stumpf bleiben jeglicher Anregung gegenüber und die noch grell aufklachen können, wenn man ihnen ihr eigenes Bild vorhält. Auch die Niederringung selbstfüchtiger Instinkte und deren Ersatz durch Gefühle der Gemeinsamkeit, Berufs- und Standesolidarität, ist als moralischer Erfolg zu buchen. Wird diese Solidarität nicht in Klassenkämpferischem Sinne aufgefaßt, so wird sie den Gewerkschaftler nicht der Fähigkeit berauben, solidarisch zu fühlen auch jenseits der Interessensphäre seiner Klasse.

Wenn bis heute das geistig-sittliche Streben der christlichen Gewerkschaften nicht immer und überall ihre volle Wirkung auf die Massen ausübt, so ist dieses leicht erklärlich. Zunächst kommt hier die Jugend der Bewegung in Betracht. Immer neue Massen kommen hinzu. Dann aber auch aus dem Grunde, weil ein großer Teil der Kräfte absolviert wird von dem Kampf um die Existenz, die sowohl von rückständigen Unternehmern und Verwaltungen, wie auch von den Genossen unaufhörlich angegriffen wird.

Zu beobachten ist des weiteren, daß die Gewerkschaftsbewegung nur ein Teil der Arbeiterbewegung ist. Sie kann nicht das gesamte Denken und Fühlen des Arbeiters umfassen; ihre bildnerische und erzieherische Arbeit kann darum nur ein Stückwerk sein. Allgemein geistige, sozialpolitische und tiefgreifende sittlich-religiöse Erziehung und Durchbildung der Arbeitermassen fällt außerhalb des Aufgabensphären der Gewerkschaften; sie ist Sache der konfessionellen Arbeitervereine und der politischen Organisationen.

Eine unsoziale Bestimmung.

In den letzten Jahren sind eine große Anzahl von Stadtverwaltungen, nicht zuletzt auf Drängen der organisierten Arbeiterschaft, dazu übergegangen, und haben sogenannte Fürsorgeeinrichtungen für die von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten geschaffen. Zu diesen Einrichtungen gehört auch die Fortzahlung des Lohnes bei Erkrankungen, bis zu 26 Wochen lang. Ohne Zweifel ist eine derartige Maßnahme im Interesse der Kollegen gelegen, deren Einführung und weiteren Ausbau uns allen angelegen sein muß.

Trotzdem enthalten die meisten Arbeitsordnungen und Bestimmungen einen Passus, nach dem der Zuschuß zum Krankengeld wegfällt, oder gekürzt wird, wenn der Kranke außer der gesetzlichen Krankenkasse noch einer anderen Kasse oder Einrichtung angehört, aus denen er bei Erkrankungen Bezüge hat. Unter allen Umständen soll das gesamte Einkommen während der Zeit der Erkrankung den gewöhnlichen Tagelohn nicht überschreiten.

Diese Bestimmung ist eine große Härte für diejenigen Arbeiter, die sich bereits in einer weiteren Krankenkasse versichert haben, um so in Krankheitsfällen sich und ihre Familie vor Not und mitunter auch vor der öffentlichen Armenpflege zu bewahren. Diese Arbeiter haben sich jahrelang zum mindesten 50 bis 80 Pfennige wöchentlich vom Munde abgepart und bekommen nun durch einen derartigen Passus den Dank insofern, als sie bei Austeilung des städtischen Zuschusses schlechter gestellt werden als diejenigen, die eben nicht daran gedacht haben, sich gegen Krankheit besser zu versichern, als der Zwang des Gesetzes es vorschreibt. Eine derartige Bestimmung bedeutet geradezu eine Prämie für solche Leute, die bisher gewissermaßen leichtfertig in den Tag hinein gelebt haben, vielleicht auch mit dem Gedanken, wenn ich krank bin und es reicht mir nicht, meine Familie zu ernähren, so muß die Stadt eben unterstützend eingreifen.

Wenn ein Arbeiter neben der gesetzlichen Krankenkasse noch eine Krankengeldzuschußkasse und seiner gewerkschaftlichen Organisation, die Krankengeld zahlt, angehört, bekommt er in der Regel gar nichts. Wiederum zur Strafe, weil er neben den 50 Pfennigen Krankengeld 40 Pfennig Gewerkschaftsbeitrag gezahlt hat. Ein solcher Arbeiter bekommt jetzt schon mehr in Krankheitstagen als sein Verdienst ausmacht, er kann es aber auch ganz gut gebrauchen. Gerade die guten Elemente versichern sich gut, um in Krankheitstagen Geld zu haben, daß sie etwas zusetzen können und bald die volle Arbeitskraft wieder erhalten. Es wird wohl auch niemand bestreiten wollen, daß solche Leute viel eher die Gesundheit erlangen, als diejenigen, denen wohl Stärkungsmittel vom Arzte verordnet werden, die sie aber nicht anwenden können, weil die nötigen Mittel fehlen. Es wird immer gesagt, die Arbeiter dürfen in Krankheitstagen nicht mehr bekommen, als den wirklichen Lohn, damit der Verstellung und dem Anreiz zum Kranksein vorgebeugt werde. Man sollte bedenken, daß die Kontrolle der Krankenkassen sehr scharf ist, mitunter sogar allzu scharf, sodaß sie schon öfters gerügt wurde; es dürfte nur an das Abkommen erinnert werden, das die Krankenkasse mit den Ärzten geschlossen hatte. Weiter steht fest, daß gerade pflichttreue, gewissenhafte Arbeiter nicht der Verstellung bezichtigt werden können; solche sind es aber wohl auch, die sich versichert haben.

Es ist geradezu unverständlich und eine Beleidigung für den Arbeiterstand, daß nur sie allein als Simulanten betrachtet werden, wenn Anspruch auf Renten aus der reichsgesetzlichen Versicherung erhoben wird. Es gibt eine Reihe von Beamten, in Gemeinde- wie auch in Staatsbetrieben, die gegen Krankheit versichert sind und zwar nach den neuen Bestimmungen der R.-V.-D. bis zu einem Gehalt von 2500 Mk., wieder andere haben sich freiwillig versichert und bekommen in Krankheitstagen Krankengeld und beziehen nebenbei ihr volles Gehalt weiter. Das Handelsgesetzbuch bestimmt in § 63, daß ein Handlungsgehilfe, der durch Krankheit oder unverschuldetes Unglück an der Leistung der Dienste verhindert ist, mindestens auf die Dauer von 6 Wochen das Gehalt weiter beziehen muß, und ist nicht verpflichtet, sich Bezüge, die er von einer Krankenkasse erhält, anrechnen zu lassen. Es ist den Leuten zu gönnen, daß in Krankheitstagen neben dem Krankengelde auch das Gehalt weiter läuft. Wenn aber ein Arbeiter, der in Krankheitstagen keinen Lohn erhält, sich so versichert, daß er vielleicht auch etwas mehr bekommt, als er verdient hat, so erhebt man Geschrei, der Mann könnte der Simulation verfallen. Besonders bedenklich ist es, daß auch die Unterstützungen der Gewerkschaften angerechnet werden sollen, die in allen Fällen nur freiwillige sind und die auch der Gesetzgeber bei Schaffung der R.-V.-D. nicht als Krankenunterstützung angesehen und auch nicht der Aufsicht des Privatversicherungsamtes unterstellt hat.

Die strenge Handhabung dieser Bestimmung hat in der Regel zur Folge, daß ältere Kollegen aus den Zuschußkassen austreten, oder in einer niedrigeren Klasse sich versetzen lassen.

Sollte aber der Fall eintreten, daß Leute in einem Alter von über 45 Jahren aus dem städtischen Dienste ausscheiden, so sind solche Leute auch aus den Zuschußkassen ausgeschlossen oder befinden sich in ganz geringen Klassen, können dann aber nicht wieder eintreten oder in höhere Klassen gehen, weil in den meisten Klassen das 45. Lebensjahr als Höchstgrenze des Eintritts festgelegt ist; dann sind solche Leute wiederum wesentlich geschädigt.

Unter allen Umständen ist dafür einzutreten, daß eine derartige Bestimmung, die in ihrer Praxis solch unsoziale Wirkungen zeigt, entfernt werden.

Die Nervenkrankheiten des Fahrpersonals.

Ueber dieses Thema schreibt Herr Dr. med. Hanauer-Frankfurt. In erster Linie nehmen seine Ausführungen Bezug auf die Eisenbahner. Da aber die Anforderungen an das Fahrpersonal der Straßen- und Kleinbahnen die nämlichen sind, gelten seine Ausführungen auch für das Erstere.

Auf den Eisenbahnen hängen die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Passagiere nicht allein von der Beschaffenheit des toten Materials, sondern auch von der körperlichen und geistigen Gesundheit des Personals ab. So ist vor allem zu verlangen, daß die Eisenbahner über ein gutes Nervensystem verfügen, aber leider ist die Neurasthenie so außerordentlich bei den Angehörigen dieses Berufes verbreitet, daß man fast von einer Berufsfrankheit sprechen kann. So erkrankten nach Schwedten in einem Jahre in Preußen 2773 Angestellte an Neurasthenie gegen nur 141 an Tuberkulose. Das seltenere Vorkommen der letzteren ist auf die strenge Auslese bei der Aufnahmeuntersuchung zurückzuführen. Da der Eisenbahner aber durchaus über ein gutes Nervensystem verfügen muß, so müssen alle Individuen mit schwachen Nerven vom Dienste ausgeschlossen werden, dazu gehören auch solche, die von Hause aus erblich belastet sind, sowie die Trinker. Denn an das Nervensystem werden im Eisenbahndienst besonders hohe Anforderungen gestellt und die dienstliche Ueberanstrengung, Verletzungen und der Alkohol zerstören solche von vornherein nicht normale Nerven bald vollständig, während vollkräftige Menschen die Schädlichkeiten eher überstehen. In den Ursachen der Dienstunfähigkeit überwiegen die Nervenkrankheiten. Im Interesse der Betriebssicherheit ist zu verlangen, daß mit der Pensionierung des Zugbeförderungspersonals nicht zu lange gewartet wird. Zur Bekämpfung des Alkoholismus bei den Eisenbahnern müssen die alkoholhaltigen Getränke während des Dienstes ferne gehalten werden. Gewährung anderer und billiger Ersatzgetränke, Bereitstellung von guten Aufenthaltsräumen, getrennt von den Restaurants, ist notwendig. Die Neurastheniker unter den Eisenbahnern seien am besten ganz enthaltsam, dasselbe Verlangen ist an die Lokomotivführer zu stellen.

Auf nervöser Grundlage beruhen gewisse Dämmerzustände, die bei Eisenbahnangestellten nicht selten angetroffen werden. Man findet sie bei Epileptikern, Degenerierten, Alkoholikern. Die Krankheit kann durch die Neigung zu phantastischen Sinneswahrnehmungen sowie durch den Gang zu Wahnträumen verhängnisvoll werden. Die Kranken erscheinen dabei oft wenig auffällig, obwohl das Bewußtsein getrübt und die Wahrnehmungen durch Träumhandlungen verfälscht sind. Gewalthandlungen können explosionsartig erfolgen. Der Nervenarzt Dr. Bloczek in Berlin erzählt den Fall eines Lokomotivführers, der an Gesichtschmerz litt und dadurch am Sprechen, Nennen und Schlucken verhindert war. Als dieser Mann mit seinen Angehörigen von einem Ausfluge heimkehrte und schon im Abteile Platz genommen hatte, verwehrte er plötzlich den Seinen und Fremden den Eintritt, wurde sehr zornig, verhielt sich dann, als seine Angehörigen durch den Nebenraum eindringen, ruhig und antwortete auf keine Frage. Zu Hause wußte er nichts mehr von dem Vorfall. Er hatte keinen Tropfen Alkohol getrunken.

Wie bei anderen Berufen gibt es auch bei Eisenbahnern Nervenkrankheiten, die auf Alkoholismus beruhen. Nach ihrer Häufigkeit und Wichtigkeit hat man sogar in erster Linie auf Schädigungen nervöser und psychischer Art zu achten. Verhältnismäßig häufig und frühzeitig machen sich mit leichtem Bittern verbundene Schmerzen bemerkbar, die

auf Nervenentzündungen beruhen, die aber meist unter der Rubrik Rheumatismus behandelt werden. Bei chronischen Alkoholisten ist oft eine gewisse Muskel- und Körperschwäche zu beobachten. Die Behandlung des Kranken muß so frühzeitig wie möglich einsetzen. Am frühesten tut es aber die Vorbeugung. Zu wenig Gewicht wurde bisher auf den Alkoholgenuß außerhalb des Dienstes gelegt. Bei ausgebrochener Erkrankung ist eine Belehrung notwendig über die Giftwirkung des Alkohols trotz vielleicht nur mäßigen Genusses und die Notwendigkeit völliger Enthaltensamkeit.

Die Frage, ob die Maßnahmen genügen, um geistige Störungen bei den Eisenbahnbeamten frühzeitig zu erkennen, wird von Dr. Salzmann in Allenstein verneint. Er macht daher den Vorschlag, daß eine noch innigere Fühlung zwischen den Vorständen und den zuständigen Bahnärzten erstrebt werden müsse. Sobald der Dienststellenvorsteher beobachtet, daß ein Beamter eigenartig wird, ein verändertes Wesen zur Schau trägt, daß seine Leistungsfähigkeit zurückgeht, dann muß er verpflichtet werden, dem Bahnarzt davon Mitteilung zu machen, und eine Untersuchung der geistigen Fähigkeiten des verdächtigen Bediensteten zu beantragen. Wie der Gehör- und Sehprüfung große Beachtung geschenkt wird, so muß auch die Untersuchung des Nervensystems mehr berücksichtigt werden. Jeder Beamte, der einen verantwortungsvollen Dienst zu verrichten hat, sollte in gewissen Zeiträumen von einem Bahnarzt nach einem bestimmten Plan auf sein Nervensystem untersucht werden.

Von Anfällen abgesehen, gibt es im Eisenbahnberuf mehr Entstehungsmöglichkeiten für Nervenleiden wie in irgend einem anderen. Die im Außendienst tätigen Beamten werden in ganz besonderem Maße geistig wie auch körperlich angespannt. Ihre Tätigkeit erfordert die allergrößte Genauigkeit. Das Bewußtsein, daß jede kleinste Abweichung Menschenleben gefährden kann, strafft ihre geistige Tätigkeit aufs intensivste an, hält sie fast in dauernder Erregung, selbst wenn man die Gewöhnung in Rechnung zieht. Derartige seelische Erschütterungen, wie sie hier der Dienst mit sich bringt, schädigen einen an und für sich gesunden Menschen nicht wesentlich in seinem Nervensystem. Es handelt sich hier um Menschen, bei denen sich immer wiederholende derartige Anspannungen aller Geisteskräfte die größte Widerstandskraft mindern. Nach den Erfahrungen Professor Meyers in Königsberg trifft man dies besonders häufig bei Personen, die im Innendienst tätig sind. Diese sind nicht den intensiven geistigen Erschütterungen ausgesetzt, aber beständig seelischen Einflüssen, die gerade in ihrer Dauer schwerer wirken. Hier kommt die große Zahl der Unterbeamten in Betracht, deren verhältnismäßige häufige Nervosität dadurch ihre Erklärung findet, daß ihre Arbeit eine verhältnismäßig eintönige ist und doch recht anstrengende; die Möglichkeit sich zu erholen und auszuspannen ist naturgemäß für sie eine begrenzte. Abgesehen von den dabei häufigen körperlichen Beschwerden, wie Kopfschmerz, Schwindel, schlechter Schlaf erscheint vor allem ihr seelisches Gleichgewicht gestört. Einmal sind sie leicht müde, angegriffen, dann zeigen sie weniger Energie und Entschlußfähigkeit.

(Diese von Sachverständiger Seite gemachten Ausführungen sind der Beachtung aller Kollegen wert. Leider wird den darin enthaltenen Forderungen seitens der Straßenbahnverwaltungen der schärfste Widerstand entgegengesetzt. Insbesondere ist es die Forderung der Angestellten nach einer auskömmlichen Versorgung, wenn ihre Kräfte verbraucht sind, gegen die immer die größte Opposition gemacht wird. Umso mehr sollten die Kollegen durch ihren Anschluß an die Organisation den bestehenden Widerstand zu brechen versuchen. D. R.)

Aus den Ortsgruppen.

Eine Versammlungstour in Bayern.

Auf der Gründungskonferenz unseres Verbandes baten die süddeutschen Kollegen den Zentralvorstand, bald einen Vertreter zu ihnen zu entsenden, um sich mit den Kollegen und Verhältnissen betraut zu machen. Diesem Wunsche konnte schon bald entsprochen werden. Am 24. Januar trat der Zentralvorsitzende, Kollege Dedebach, die Tour an. Sie erstreckte sich auf die Orte Frankfurt a. M., Würzburg, Bamberg, Nürnberg, Augsburg, München, Ingolstadt und Regensburg. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, und legten Zeugnis ab von regem Eifer und lebhaftem Interesse der Kollegen für unseren Verband. Das ist ein erfreuliches Moment, das für die gewerkschaftliche Arbeit allerdings auch unerlässlich ist, soll sie sich erfolgreich gestalten.

Am Freitag, den 24. Januar fand die erste Versammlung in den Reichshallen in Frankfurt a. M. statt. Unsere Kollegen haben dort gegenüber den Gegnern zwar einen schweren Stand, dennoch wird eifrig gearbeitet zur weiteren Stärkung des Verbandes. Diese Arbeit ist auch noch sehr aussichtsreich, denn es steht eine große Zahl der städtischen Arbeiter, wie auch der Trambahner der Organisation noch fern.

Das nächste Ziel war Würzburg, eine Stadt mit 85 000 Einwohnern, wo Samstags eine Versammlung der Straßenbahner, Sonntags die Generalversammlung der Gemeindegewerkschaft stattfand. Beide erfreuten sich eines guten Besuches, waren doch die Straßenbahnerkollegen sämtlich erschienen. Ein besonders mißlicher Umstand bei deren Arbeitsverhältnis ist der, daß die Kollegen nur jeden 11. Tag frei haben, sodaß also nur vier freie Sonntage auf das ganze Jahr entfallen. Da bei starkem Betrieb die Freihabenden auch noch zum Dienst herangezogen werden, so kommt es vor, daß von den vier schließlich nur noch ein einziger freier Sonntag im Jahre verbleibt. Das ist ein Uebelstand, der baldmöglichst beseitigt werden muß. Bei treuem Zusammenhalten der Kollegen wird sich das auch erreichen lassen, wie ja an sich schon die freien Tage zu gering sind und nach einer durchgreifenden Verbesserung gestrebt werden muß.

Bei den Gemeindegewerkschaften wurde Klage darüber geführt, daß an einzelnen Dienststellen, so beim Stadtbauamt, in der Stadtgärtnerei und im Lagerhaus einzelne Kollegen den ihnen zustehenden Lohnzuschlag nicht erhalten haben. Unsererseits ist das Nötige veranlaßt worden, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Wird in Würzburg sowohl bei den Trambahnern wie bei den Gemeindegewerkschaften mit dem bisherigen Eifer weitergearbeitet, so werden wir uns dort eine gefestigte Position erringen, was im Interesse der Kollegen nur zu wünschen wäre.

In Bamberg fanden Montag, den 27. Januar zwei Versammlungen statt; die erste für Gemeindegewerkschaftler, anschließend daran für die Trambahner. Beide hatten einen zahlreichen Besuch aufzuweisen, was um so erfreulicher war, als erst Tags zuvor die Gemeindegewerkschaft ihre ordentliche Generalversammlung abgehalten hatten. An den Versammlungen nahmen auch Herr Gem.-Ver. Herbst und Gewerkschaftssekretär Kollege Schwarz-Weiden teil. Letzterer beteiligte sich auch an der Debatte und wußte mit seinen Ausführungen die Begeisterung der Anwesenden noch in trefflicher Weise zu steigern.

Nürnberg, bekannt durch seine Spielwaren, denen das Sprichwort „Nürnberger Land geht durchs ganze Land“ seine Entstehung verdankt, durch seinen „Trichter“, sein „Bratmurstaloklein“, in dem sich die bekannten „Meisterfinger“ Hans Sachs, Peter Vischer, Beckmesser, Veit Pogner ihr Stelldichein gaben, war das nächste Reiseziel. Die Versammlung in dieser roten Hochburg lief leider zu wünschen übrig. Aber ein interessantes Ergebnis hatte sie doch. Wurde doch von den bei der Grubenentleerung beschäftigten Kollegen folgendes mitgeteilt. Die Stadt bezahlt die von ihnen geleistete Ueberarbeit nicht, wie es in der Arbeitsordnung vorgesehen ist, als Ueberstunden (die mit 25 Prozent vergütet werden), sondern als Ueberfahren. Dabei kommen die Leute beständig zu kurz. Im September machten darum die in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter eine Eingabe an den Magistrat um Abschaffung der Ueberfahren und Bezahlung der geleisteten Ueberstunden. Der Arbeiterausschuß aber, der sich natürlich in roten Händen befindet, wollte davon nichts wissen. Er ist mit dem jetzigen System ganz zufrieden. Merkwürdig, denn es ist doch wargelommen, daß Arbeiter für 6 geleistete Ueberstunden ganze acht Pfennige erhalten haben, also pro Stunde 1,3 Pfg. Das besagt genug über diese Art „Arbeiterverbreter“. Hoffentlich wird dieses Verfahren, das übrigens nicht allein dahsteht, den Kollegen den richtigen Weg zeigen. Wie viel auch sonst noch zu bessern ist, zeigt wohl nichts besser als die Tatsache, daß nach dem geltenden Lohn-tarif die Höchstlöhne erst nach 18 Dienstjahren erreicht werden. Nur alle drei Jahre findet eine Schritterhebung statt.

Ein prächtiges Gegenstück zu dieser vor die Versammlung in Augsburg, an der auch die Kollegen Geier, Gem.-Ver. und Rothhörl, Kartellvorsitzender teilnahmen. Hier konnten wir einen Einblick tun in die Verhältnisse der Straßenbahner. Führer und Schaffner haben einen Anfangslohn von 100 Mk., einen Höchstlohn von 180 Mk. pro Monat. Der Höchstlohn wird nach 18 Dienstjahren erreicht und betragen die Steigerungssätze alle drei Jahre fünf Mark pro Monat. Ueberstunden erhalten nur die Reserveschaffner vergütet und zwar mit 50 Pfg. die Stunde. Während die Arbeitszeit 10 Stunden beträgt, wird die Dienstbereitschaft teilweise bis zu 18 Stunden und darüber hinaus ausgedehnt. Jeder achte Tag ist frei, aber die freien Sonntage werden oft gestrichen. In der Urlaubsfrage ist letzthin auch eine Verschlechterung angekündigt worden insofern, als bis auf ein weiteres Urlaub nicht gewährt werden könne. Für Dienstleistung werden monatlich drei Mark in Abzug gebracht. Bei Krankheit... während militärischen Übungen wird Lohnfortzahlung in voller Lohnhöhe gewährt, auch besteht eine Versorgungskasse, deren Bezüge mit 30 Prozent des Lohnes nach 10-jähriger Dienstzeit beginnen, sich mit jedem weiteren Dienstjahre um 2 Prozent steigern bis zum Höchstsatze von 80 Prozent. So mischt sich also manches Gute mit minder Erfreulichem. Es wird das Bestreben der Kollegen sein müssen, unermüdet weiter zu arbeiten, unbekümmert um etwaige sozialdemokratische oder andere Anfeindungen. Auch für die übrigen städt. Arbeiter Augsburgs gilt es, auf dem Posten zu sein.

In der bayerischen Haupt- und Residenzstadt München glaubten die Kollegen, wegen der nahen Fastnachtstage eine Versammlung nicht abhalten zu können. Dafür wurde aber eine Versammlung der Vorstände und Vertrauensleute anberaumt. Diesem Aufsehe leisteten diese in stattlicher Zahl Folge. Die hier gegebenen Anregungen wurden lebhaft und in durchaus zustimmendem Sinne diskutiert, woraus man wohl die Hoffnung schöpfen darf, daß sie befolgt werden und gute Früchte zeitigen. Zu tun gibts wahrlich noch genug.

Der folgende Tag galt der Besprechung der leitenden Kollegen am Ort. Samstags ging nach Ingolstadt. In der „Wunderkassematte“ versammelten sich die Kollegen, die auf Grund der Verbandstätigkeit im vorigen Jahre bereits einen schönen Erfolg erzielt, der zum guten Teil auch dem tatkräftigen Eintreten des Gem.-Ver. Kollegen Lauterbacher vom christlichen Militärarbeiterverbande zu danken ist.

Die letzten Versammlungen fanden am Fastnachtssonntag in Regensburg statt, die natürlich hinsichtlich des Besuches unter dem allgemeinen Krubel zu leiden hatten. Bei den städtischen Arbeitern lassen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch manches zu wünschen übrig und unsere Kollegen werden noch rührig am Ausbau des Verbandes arbeiten müssen, um Verbesserungen zu erzielen. Die Straßenbahner arbeiten mit erfreulicher Hingabe für die Verbandsangelegenheiten. Eigenartiger Weise gehören die Kollegen der Krankenversicherung nicht an, angeblich weil sie pensionsberechtigt sind, aber es ist den Leuten unbekannt, was sie da zu beanspruchen haben. Ebenso hat es eigentümlich berührt, daß den übrigen städtischen Arbeitern letzthin eine Teuerungszulage bis zu 60 Mk. erhielten, die Straßenbahner aber leer ausgingen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner sind folgendermaßen gestaltet: Die Führer haben einen Anfangslohn von 1220 Mk., einen Höchstlohn von 1580 Mk. Die Schaffner von 1100 bzw. 1460 Mk. Die Höchstlöhne werden auch hier nach 18 Dienstjahren erreicht. Die Arbeitszeit beträgt täglich 9 1/2 Stunden, jedoch bestehen über die Dauer der Dienstbereitschaft keine Vorschriften. Jeder achte Tag ist frei. Urlaub gibt es nach einjähriger Dienstzeit drei Tage, nach drei Jahren fünf Tage, nach sechs Jahren sieben Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Im Krankheitsfalle wird der Lohn auf die Dauer von 26 Wochen durchgezahlt.

Diese Versammlungen, in denen der Referent die Aufgaben und Ziele des Verbandes darlegte, dürften durchweg den seitens der Kollegen in sie gestellten Erwartungen entsprochen haben. Uns haben sie manchen wertvollen Fingerzeig gegeben, und Anhaltspunkte dafür, wie an den einzelnen Orten am besten im Interesse der Kollegen wie des Verbandes gearbeitet werden kann. Ähnliche zusammenhängende Touren sind für die nächste Zeit auch für die übrigen Verbandsbezirke geplant, worüber den betr. Ortsgruppenleitungen frühzeitig genug Mitteilung gemacht wird. Besondere Wünsche, die sich hierauf beziehen, wollen die Ortsgruppen baldigst der Zentrale mitteilen. Die wichtigste Aufgabe für die Kollegen ist gegenwärtig, allüberall genaue Feststellungen über die an ihrem Orte bestehenden eigenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auch der gewerblichen Arbeiter zu machen. Dazu gehört aber ebenso notwendig die Erfassung der Kosten für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Und Hand in Hand damit muß auf der ganzen Linie eine unermüdete, lebhafteste Werbearbeit für den Verband geleistet werden. Dann wird es vorwärts gehen.

Naechen. (Städt. Arbeiter.) Die hiesige Ortsgruppe hielt am 26. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende warf zunächst einen Rückblick auf die Vorgänge des vergangenen Jahres, die zur Gründung eines eigenen Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner geführt hätten. Es sei aber auch an der Zeit, daß sich jedes Mitglied besinne, weshalb es eigentlich dem Verbandsangehörigen angehört. Mit pünktlichem Beitragzahlen und dann und wann mal zur Versammlung zu kommen ist es nicht getan! Jeder muß ein Agitator für den Verband sein, um immer mehr Mitglieder zu gewinnen. Redner wies darauf hin, daß man diese Arbeit bis jetzt leider nur durch den Vorstand habe besorgen lassen; das müsse in Zukunft anders werden, wenn wir dem Ziele etwas näher kommen wollten. Er ermahnte die Anwesenden noch zum eifrigen Lesen der Verbandszeitung und zum häufigen Versammlungsbesuch. Nur auf diese Weise könne man sich die nötige Schulung aneignen. Dem hieran anschließenden Tätigkeitsbericht ist Folgendes zu entnehmen. Der Mitgliederbestand stieg von 50 auf 88 am Schlusse des Jahres 1912. Also eine Zunahme von 38. Ergänzend erklärte der Vorsitzende noch, daß im neuen Jahre schon mehrere Neuaufnahmen getätigt worden seien, sodaß wir die Zahl 100 wieder überschritten hätten. Hieraus ließe sich ersehen, daß es auch bei uns wieder vorwärts ginge.

Hierauf erstattete der Kassierer Koll. Schmitzler den Kassenbericht, welcher folgende Zahlen ergab. Die Hauptkasse schließt ab mit einer Gesamteinnahme von 1396,75 Mk. und einer Ausgabe von 567,69 Mk. Abgeliefert an die Zentrale wurden 829,06 Mk. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen 457,48 Mk., die Ausgaben 356,98 Mk. Bestand 106,05 Mk.

Sobann nahm Kollege Krumböln das Wort, um über die Trennung der Verbände noch einige aufklärende Erläuterungen zu geben und um noch event. falsche Auffassungen und Mißverständnisse zu zerstreuen. Zum Schluß ließ er noch die Mahnung an die Anwesenden ergehen, dem neuen Verbandsmitgliedertum entgegen zu bringen, sondern ihm ihre ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege Lützens als Vorsitzender, Erkens als Kassierer und Jostrow als Schriftführer gewählt.

Wie im Jahre 1909 ist unser Verband auch im vergangenen Jahre wieder mit einer Eingabe an die Stadtverwaltung herantreten betreffs einer 15 prozentigen Lohnerhöhung, Schaffung von Arbeiterausschüssen in den einzelnen Betrieben, Herabsetzung der Dienstjahre zur Erreichung des Höchstlohnes, Vermehrung der Urlaubstage unter Fortzahlung des Lohnes usw.

Wäre die Mitgliederzahl damals eine höhere gewesen, so hätten wir mit unserer damaligen Eingabe mehr herausholen können. So mußte auch damals ein großer Teil unserer gewiß berechtigten Forderungen zurückgestellt werden.

Zimmerhin sind eine Reihe von Verbesserungen eingetreten. Beim Etat des Schlachthofes sind 2000 Mk. mehr eingestellt, die für Lohnerhöhungen Verwendung finden sollen. Auf den einzelnen Arbeiter entfallen demnach ca. 50 Mk. pro Jahr.

Hoffentlich nehmen sich die übrigen städtischen Arbeiter ein Vorbild an den Arbeitern der Schlachthofverwaltung, die nicht nur fast vollständig organisiert sind, sondern auch als Gewerkschaftler ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun.

Düsseldorf. (Straßenbahner.) Zum zweitenmale hatte Herr „Fachmann“ Koch die Düsseldorfer Straßenbahner zu einer Versammlung eingeladen.

„Kollegen erscheint in Massen und beweist dadurch, daß ihr gesonnen seid, mitzuhelfen an der Entwicklung unserer Organisation.“ So lautet die Einladung. Aber o wehe, Herr Koch traf mit 3 Kaiserswerther Kollegen pünktlich ein. Die Straßenbahner blieben aus und so mußte Herr Koch nach stundenlangem, vergeblichem Warten die Heimatreise wieder antreten.

Also die Masse blieb aus und will nichts wissen von der Entwicklung des Koch'schen Anhängerverbandes. Die Kaiserswerther Kollegen konnten es nicht begreifen, daß nur ein einziger Kollege in der Versammlung erschienen ist. Sie werden wohl die richtige Lehre daraus gezogen haben, daß es mit der Entwicklung ihrer Sonderbündelei bei Mathäie am Besten ist.

Landshut. (Wasserbauarbeiter.) Am Sonntag, den 26. Jan. fand in Dingolfing eine gut besuchte Flußbauarbeiterversammlung statt. Als Referenten waren die Kollegen Aman aus Landshut und Auer aus Volkskofen erschienen. Erster sprach über die Rechte und Pflichten im neuen Verband, wo unter den Kollegen einiger Zweifel herrschte, welche aber vom Referenten bald behoben wurden. Kollege Auer gab einen ausführlichen Bericht über die Fortschritte im lgl. Flußbauamt Deggenndorf, die der Verband seit 1908 dort gemacht hat und was durch denselben erreicht wurde. Im Bauamt Deggenndorf sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gegensatz zu anderen Bauämtern weit günstiger.

Daraus ersieht man, daß ohne Verband wenig oder gar nichts

erreicht wird. Darum soll sich auch der letzte Flußbauarbeiter dem Verbandsangehörigen anschließen. Im Martal macht derselbe schöne Fortschritte. Durch rege Agitation und Mitgliederzuwachs erreichen wir, was wir wollen.

Paderborn. (Straßenbahner.) Recht merkwürdige Ansichten über den Zweck der gewerkschaftlichen Organisation und den Verlauf der Verbandsversammlungen scheint der Hilfsaufseher Herr Brüseke zu haben. So läuft er in letzter Zeit von einem Anzeigeposten zum andern und erzählt, der Verband habe in einer Versammlung beschlossen, ihn und seinen Kollegen M. und zwei Indifferenten aus dem Betrieb hinauszudrängen. Ob er dieses Märchen auch dem Herrn Direktor aufzubinden versucht hat, ist uns nicht bekannt.

Der Zweck dieser ganzen Uebung ist doch ziemlich klar. Entweder will Herr B. die Versammlungsteilnehmer mit seinem Märchen denunczieren, oder aber sollen hierdurch verschiedene andere Vorurteile, die Herrn B. höchst unangenehm sind, hiermit zuge deckt werden?

Unseres Erachtens dürfte der eingeschlagene Weg doch wohl der verkehrte sein. Hoffentlich werden diese Zeiten genügen, Herrn B. zu veranlassen, sich in Zukunft nur um Sachen zu bekümmern, die ihn etwas angehen. Wenn er aber wünscht, können wir uns in der nächsten Versammlung mal etwas näher mit seiner Person befassen.

Rhein. Wie stehts mit der Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben? Beim Abschluß unserer Lohnbewegung im Frühjahr 1912 sind unsere Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht erfüllt worden. Sie scheiterten bekanntlich an ihrer finanziellen Tragweite. Es wurden damals über 600 000 Mk. insgesamt, oder im Durchschnitt 110 Mk. an Lohnerhöhung für jeden städtischen Arbeiter gewünscht, so ist es doch bei dieser Verkürzung der Arbeitszeit wünschenswert, so ist es doch bei dieser Sachlage verständlich, daß sich nicht gleich eine Mehrheit für eine in finanzieller Hinsicht ziemlich weitgehende Forderung fand.

Hier trifft zu, was der sozialdemokratische Abgeordnete Paul Girich in der „Gewerkschaft“, dem Organ des roten Gemeindearbeiterverbandes, sagte: Daß nämlich auch sozialdemokratische Stadtverordnete manchmal in die unangenehme Lage kommen könnten, mit Rücksicht auf die Steuerzahler, berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft ihre Zustimmung zu verweigern.

Nun ist bekanntlich damals ein Antrag angenommen worden, der die Stadtverwaltung versucht, bis zur nächsten (jetzigen) Etatsberatung eine Vorlage auszuarbeiten, in welchen städtischen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit, bezw. eine Einschränkung der Sonntagsarbeit möglich sei. Zweifellos hat der Antragsteller damit solche Betriebe im Auge gehabt, wo eine besonders schwere und gesundheitschädliche Arbeit geleistet wird.

Unsere Stellungnahme ergab sich damit von selbst. In den Schmalwinkel zurückziehen und schimpfen, daß nicht alles bewilligt wurde, ist nie unsere Sache gewesen. Statt dessen haben wir versucht, praktische Arbeit zu leisten, im Interesse der städtischen Arbeiter.

In einer großen Zahl von Betriebsversammlungen haben wir die Wünsche der Kollegen in Bezug auf den obigen Antrag zusammenge stellt und wir hoffen, auf Grund des gesammelten Materials auch jetzt wieder Ersprießliches für die Kollegen herauszuholen zu können.

Wir haben uns natürlich nicht darauf beschränkt, nur in den Betrieben mit besonders schwerer Arbeit Material zu sammeln, sondern auch da, wo das nicht gerade zutrifft, sind noch manche Wünsche der Kollegen, besonders in Bezug auf die Einteilung der Arbeitszeit, die der Erfüllung harren.

So sind wir denn gerüstet und die Vorlage der Stadtverwaltung wird uns auf dem Posten finden.

Die Genossen haben sich die Sache natürlich leichter gemacht. Sie haben einfach die im Frühjahr abgelehnten Forderungen von Neuem erhoben. Daß ihre Forderungen im gegebenen Moment nicht alle angenommen werden, wissen die roten Führer auch. Aber das Gefolge. Nun, da ist so manch einer, der sich durch möglichst hohe Forderungen blenden läßt. Und dann der Mitgliederchwund der letzten Zeit. Nicht zu vergessen die bevorstehenden Arbeiterauswahlwahlen. Etwas muß man doch haben, um die Wankenden bei der Stange zu halten. Wenn schon keine Erfolge sind, dann doch wenigstens Forderungen.

Ein denkender Arbeiter wird sich dadurch natürlich nicht beirren lassen. Daß unsere Taktik die richtige war, wird sich in der nächsten Zeit schon zeigen.

Notwendig ist natürlich auch die Stärkung unserer Organisation. Denn je stärker wir sind, desto größer ist naturgemäß auch der Einfluß, den wir ausüben auf die maßgebenden Faktoren. Es muß sich darum jeder Kollege zur Pflicht machen, mehr als bisher in der Agitation tätig zu sein. Es muß den unorganisierten Kollegen klar gemacht werden, daß es ihre Pflicht ist, auch

einmal da mitzufassen, wo sie bisher nur geerntet haben und daß sie ihre Pflichten als standesbewußter und vorwärtsstrebender Arbeiter nur dann nachkommen, wenn sie Mitglied werden des Verbandes der christlichen Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

Landsbut. (Wasserbauarbeiter.) In letzter Zeit brachte die rote „Münchener Post“ wie auch die „Gewerkschaft“ eine Zuschrift, in der bitterlich getragt wird über den Terrorismus, den die bösen Christlichen gegenüber den armen rot organisierten Wasserbauarbeitern in Landsbut verüben. Und diese armen, unschuldigen Schäfchen, von denen sich unsere Kollegen nicht mehr mit Ansporn aus der Kantine heraustreiben lassen wollen. Sie (die Genossen) sind wirklich zu bedauern, daß sie das Mittagbrot unserer Kollegen nicht mehr mit Nebenarten würzen können, die nicht nur einem christlichen, sondern überhaupt anständigem Manne die Hornesröte ins Gesicht treiben müssen. Die Zeiten sind in Landsbut einfach vorüber, wo man unsere Kollegen anstandslos als die „Schwarzen Hunde“ bezeichnen und sie in einer Form beschimpfen konnte, die dem Staatsanwalt zum Einschreiten Gelegenheit genug gegeben hätte. Selbsterständlich ist diese Umwandlung der Dinge zum großen Aerger und Verdruß der Genossen erfolgt.

Wenn es heute die Genossen ärgert, daß die Kaufleute die Christbaumfeier unserer Ortsgruppe und nicht mehr die der Genossen besuchen, so ist dieses nicht auf Liebedienererei unsererseits, sondern auf die wenig weibachtlichen Keilereien bei den Genossen zurückzuführen.

Ganz unberechtigt ist auch der in den Artikeln erhobene Vorwurf, daß das Fußbauamt Landsbut die bewilligten Lohnaufbesserungen nicht habe eintreten lassen. Wenn hierbei einige Kollegen übersehen wurden, war es der Arbeiterausschuß, der sofort die Regelung der Angelegenheit beantragte.

Wir verstehen gar nicht, wie sich unsere Kollegen über das Getreibe der „Münch. Post“ so aufregen können. Daß es den Genossen recht unangenehm ist, über ehemalige Position in Landsbut verloren zu haben und nun durch Schimpfereien in den Zeitungen ihren gepreßten Herzen Luft mache, ist doch eigentlich selbstverständlich. Habt ihr denn von diesen Leuten etwas anderes erwartet? Die Red.)

Augsburg. (Straßenbahner.) Sozialdemokratische Großspürigkeit. Anfang dieses Monats hielt der Christl. Gemeindearbeiter- und Straßenbahner-Verband für das Straßenbahnerpersonal eine Versammlung ab. Einige Tage später bezog auch der rote Transportarbeiter-Verband eine Versammlung ein. Während sonst über solche Versammlungen in der sozialdemokratischen „Schwab. Volkszeitung“ immer in der breitspürigsten Weise berichtet wird, geschah das diesmal nicht. Das mußte auffallen. Unsere Ortsgruppe fragte deshalb in der Neuen Augsburger Zeitung an. Endlich antwortete die Volkszeitung darauf in einem Artikel, der zur Hälfte in dem Abdruck zweier Einladungen zur christlichen Straßenbahnerversammlung besteht. Dann kommt erst die angegebene Antwort. Danach hat der sozialdemokratische Referent seinen Verband „fein“ herausgestrichen und die Christlichen gehörig verhöhnt. Das ist man ja nicht anders gewöhnt. Nicht anders aber nimmt sich die Bemerkung aus, „daß die Vertreter des Großkapitals, aber nicht die Schwarzen, den sozialdemokratischen Anträgen immer noch mehr zugänglich waren als diejenigen, welche in den christlichen Versammlungen, denen die nicht alle werden, als Arbeitervertreter empfohlen werden.“ Nur, um die enge Verbrüderung der Sozialdemokratie mit dem Großkapital ist es so ein eigenes Ding. Wo sie bisher zu finden war, hat sie nie im Interesse der Arbeiterschaft gelegen. So auch hier. Denn es ist doch leicht erklärlich, daß den Vertretern des Großkapitals der von den Genossen zuerst gestellte Antrag, die Straßenbahner in die sechste Lohnklasse zu überführen, viel angenehmer war, als der Antrag des christlichen Verbandes, das Personal in die fünfte Lohnklasse einzureihen. Der sozialdemokratische Antrag bedeutete also gegenüber dem christlichen eine erhebliche Verschlechterung. Und darauf fußte nun auch der Majorität. Daran konnte auch die später eingenommene Haltung des Transportarbeiter-Verbandes, der sich nachträglich auch zu dem viel besseren Antrag des christlichen Verbandes bekannte, nichts ändern. Die bessere Einsicht kam bei den Genossen zu spät, denn auf Grund ihres ersten Antrages wurde bekanntlich entschieden, und das Personal kam infolgedessen in die sechste statt in die fünfte Lohnklasse. Das Personal weiß sehr genau, daß hieran die Genossen die Schuld tragen und durch alle Klunferereien und Keilereien gegen den christlichen Verband wird in der Tatsache nichts geändert, daß die eingeführten Verbesserungen zum größten Teil dem Vorhaben des christlichen Verbandes zuzuschreiben sind. Nebenbei trifft auch hier in Augsburg zu, daß der sozialdemokratische Verband erst durch die Christlichen zur Arbeit angespornt wurde. Dann sollte aber der Transportarbeiter-Verband alias Reichssekretion der Straßenbahner mit seinen Prahlereien doch recht vorläufig sein und sich nicht aufs hohe Pferd setzen. Hat man ihm

doch auch auf dem letzten Verbandstage des sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes in München im vorigen Jahre vorgeworfen, daß er in Frankfurt a. M., wo er angeblich viele Mitglieder besitze, geschlafen und nichts für seine Mitglieder getan habe.

Für das Augsburger Straßenbahnerpersonal aber ist zurzeit die wichtigste Forderung die, daß die unmenschlich lange Dienstbereitschaft, die bei einzelnen Wagen bis zu 20 Stunden und im Durchschnitt über 16 Stunden dauert, auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt wird. Das gleiche muß bei den Straßenwärttern geschehen, denn es ist doch geradezu unhaltbar, daß Leute, die nachts bis halb 1 Uhr Dienst gemacht haben, früh morgens schon wieder um 5 oder 6 Uhr anfangen müssen. Daß der sozialdemokratische Transportarbeiterverband sich darum gekümmert hätte, hat man bisher noch nicht gehört, dafür gefällt er sich um so lieber als „Christentöter“.

Bamberg. (Städtische Arbeiter und Straßenbahner.) Am 26. Januar 1913 hielt die hiesige Ortsgruppe ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Koll. Steinfelder begrüßte die Kollegen, besonders Herrn Gem.-Bov. Obersekretär Herbst. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das vergangene Jahr und führte u. a. folgendes aus: Was die Lohnfrage anbelangt, so können wir vorläufig zufrieden sein. Auf unsere Eingabe vom Jahre 1911 erhielten wir zu Weihnachten 1911 eine Teuerungszulage von 10—20 Mark. Des weiteren im Laufe des Jahres 1912 eine Lohnerhöhung von 2 Pfennig pro Stunde, rückzahlbar vom 1. Januar 1912 ab und seit 1. Januar 1913 eine Lohnerhöhung von 1 Pfennig pro Stunde. Durch den Verband war es bis jetzt möglich, bei manchen Arbeitsklassen eine Erhöhung des Lohnes von 1 Mk. pro Tag zu erreichen. An Versammlungen wurden abgehalten: 11 Monatsversammlungen, 1 Generalversammlung, 2 Ausschusssitzungen, 4 Betriebsversammlungen. Der Mitgliederstand ist von 73 auf 76 gestiegen. Hierauf gab der Kassier die Jahresrechnung. Aus derselben ist folgendes zu entnehmen: Gesamteinnahmen 1467,45 Mk. Ausgaben: an Rechtsschutz 39,20 Mk., Krankengeld 313,80 Mk. Nach Abzug des an die Zentrale abgelieferten Betrags bleibt ein Kassastand von 116,26 Mk. Nach dem Bericht der beiden Revisoren wurde die Kasse 2mal revidiert und alles in musterhafter Ordnung befunden. Der Vorsitzende sprach unserem altbewährten, langjährigen Kassier den Dank aus, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Bei der folgenden Wahl wurden fast sämtliche bisherigen Vorstands- bezw. Ausschussmitglieder wiedergewählt. Das Wort erhielt jetzt Herr Gem.-Bov. Herbst. Er forderte die Mitglieder auf, treu zu unserer Sache zu stehen und einig zu sein. Denn Einigkeit macht stark. Er sprach auch seine Freude aus über die Enthusiasmus bei der Wahl und seine Anerkennung für die musterhafte Klassenführung des Koll. Fortsch.

Düsseldorf. (Gemeindearbeiter.) Wie stehts mit der Neuregelung unserer Lohnverhältnisse? Diese Frage beschäftigt tagtäglich die Arbeiter und Angestellten der städtischen Werke und Betriebe. Im Jahre 1912 richtete unser Verband, zum Teil durch die Arbeiteraussschüsse, eine Eingabe an die Verwaltung, in der wir in erster Linie eine Neuregelung der Lohnverhältnisse forderten. Eine Lohnregelung erfolgte nicht, vielmehr glaubte die Verwaltung durch Gewährung der Familienzuschüsse der Neuregelung der Löhne aus dem Wege gehen zu können.

Im folgenden Jahre beschäftigte sich dann die Tagespresse mit dem großen Unterschied der Löhne in den städtischen Werken und Betrieben und den Tariflöhnen in der Privatindustrie. Hier konnte ein Unterschied von 60 Pfg. bis 1.30 Mk. pro Tag zu ungunsten der städtischen Arbeiter und Angestellten festgestellt werden. Obwohl die Stadtverwaltung, in erster Linie der Vertreter des Kapitals, Dr. Brand, diese Tatsache zunächst abzustreiten oder mit den Fürsorgeeinrichtungen zu verkleinern versuchten, bestätigte eine von dem Statistischen Amt der Stadt Düsseldorf gemachte Aufstellung der Löhne unsere Darlegungen. Unsererseits wurden erneut Eingaben mit der notwendigen Begründung eingereicht. Im Auftrage der Zentrumsfraktion reichte darauf hin der verstorbene Stadtverordnete Dr. Hüßgen einen Antrag ein, in dem ebenfalls eine Neuregelung der Lohnverhältnisse gefordert wurde. Die Verwaltung erklärte sich bereit, in eine Prüfung einzutreten. Inzwischen haben sich die verschiedenen Kommissionen mit der Angelegenheit befaßt. Wie verlautet, sollen auch eine Reihe Verbesserungen eintreten.

Wir meinen aber, diese Angelegenheit könnte nun doch bald erledigt werden. Wenn die Interessen der Kapitalisten in Frage kommen, kann die Düsseldorfer Verwaltung unter Umständen recht schnell arbeiten, aber wenn Arbeiterforderungen in Betracht kommen, scheint man in der Regel dem Grundsatz zu huldigen: „Immer langsam voran“. Schuld hieran aber hat die Verwaltung und das Stadtverordnetenkollegium nicht allein. Wenn ein Oberbürgermeister in öffentlicher Sitzung die Löhne der Stadt,

die zum Teil für den erwachsenen gesunden Arbeiter sage und schreibe 3.30 Mk., 1.00 Mk. unter dem Tariflohn, betragen — als angemessen bezeichnet, und die betreffenden Arbeiter nehmen diesen Anspruch ohne energischen Protest hin, dann sind sie selbst von einer großen Schuld nicht freizusprechen.

Eine andere Behandlung der Arbeiterfragen wird nur dann in Düsseldorf stattfinden, wenn die städtischen Arbeiter und Angestellten sich ihrer gewerkschaftlichen Pflicht besser bewußt werden. Ohne Organisation geht man eben über Arbeiterforderungen zur Tagesordnung über.

Verbandsnachrichten.

Kollegen! Mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der Zeitung ist der 7. Wochenbeitrag fällig.

Das Ausstellen der Mitgliedskarten, sowie der Mitgliedsbücher hat seitens des Ortsgruppenvorstandes zu erfolgen. Aufnahmescheine und vollgeklebte Mitgliedskarten sind aufzubewahren und mit der Quartalsabrechnung an die Hauptgeschäftsstelle einzusenden.

Der der Hauptverwaltung zustehende Anteil der Einnahmen ist nach § 20 der Satzungen monatlich einzusenden.

Der Zentralvorstand.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die städtische Straßenbahn in Dortmund schließt im Geschäftsjahr 1911 die Gewinn- und Verlustrechnung mit 2 258 406,44 M ab. Der Ueberschuß betrug 780 893,46 M. Die Bilanz erreichte am 31. März 1912 einen Stand von 10 118 936,39 M gegen 9 602 734,39 M. Auf Anleihekonto entfielen davon 9 054 417,33 M, auf den Erneuerungsfonds 414 425,98 M und auf den Tilgungsfonds 650 093,08 M. Dem Erneuerungsfonds wurden bisher insgesamt überwiesen 759 835,87 M. Eingenommen wurden auf der Ringlinie 215 967,84 M (173 714,81 M), auf der Linie Hauptbahnhof-Förde (Post) 580 491,75 M (567 190,77 M), auf der Linie Dorstfeld-Rörne 549 401,84 M (477 319,03 M), auf der Linie Friedenbaum = Bloß Friedrich = Wilhelm 547 874,48 M (401 789,17 M), auf der Linie Reinoldikirche-Gösch 114 386,07 M (98 829,06 M), auf der Linie Bornstraße-Westfaliastraße jetzt Hauptbahnhof-Westfaliastraße 93 335,60 M (84 648,21 M), Linie Reinoldikirche-Westfalenbrg 129 219,25 M (109 097,30 M), auf der Linie Bornstraße bis Schützenstraße, ab 14. 2. 1912 4303,75 M, auf der Linie Schützenstraße-Fredenbaum 441,40 M (401,05 M).

Bei einem Ueberschuß von 781 000 M könnte die Stadt, bei einigem guten Willen, auch die den heutigen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Lohnsätze der Angestellten verbessern. Doch solange die Kollegen glauben, ohne Organisation auskommen zu können, wird voraussichtlich so ziemlich Alles beim Alten bleiben.

Zur Berufswahl. Eine der verantwortungsvollsten Pflichten für Eltern und Vormünder ist die Berufswahl für die auf Ostern zur Entlassung aus der Volksschule kommenden Kinder und Pflinglinge; hängt doch von der glücklichen Wahl eines Berufes das spätere Wohlergehen des Kindes oder Pflinglings ab. Zweck dieser Zeilen soll nicht sein, im Allgemeinen Ratsschläge für die Berufswahl zu geben, sondern auf das Schneiderhandwerk hinzuweisen, aus dem heraus seitens der Arbeitgeber in den letzten Jahren die größten Anstrengungen gemacht werden, ihm eine größere Zahl Lehrlinge zuzuführen, um, wie gesagt wird, „dem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften durch Förderung des Nachwuchses abzuwehren.“ Es wird darauf hingewiesen, daß ein Schneidergehilfe mit Leichtigkeit 1500—2000 Mark

jährlich verdienen könne, daß dem strebsamen Gehilfen die gut bezahlte Werkmeister- und Zuschneider-Karriere offen stehe und — last not least — die Möglichkeit des Selbstständigwerdens in keinem Berufe leichter sei als beim Schneider.

Neht verlockend ist der Hinweis auf die „gut bezahlte Werkmeister- und Zuschneider-Karriere“; er ist aber gerade so deplaziert wie der Hinweis auf die „hohen Löhne“. Werkmeisterstellen sind in der Schneiderei so selten, daß sie gar nicht in Betracht kommen, und die Zuschneiderbranche leidet direkt an Ueberangebot, so daß die Aussichten für strebsame Gehilfen nach der Richtung die denkbar ungünstigsten sind. Ueber das Selbstständigwerden und was den Kleinmeister erwartet, lassen wir am besten einen einwandfreien Zeugen, dem Obermeister einer Schneiderinnung einer rheinischen Großstadt das Wort. Derselbe führte vor einigen Jahren in einer Schrift Folgendes aus:

„Unter der schrankenlosen Konkurrenz des Großkapitals ist nur noch ein kleiner Bruchteil der Kleinmeister so situiert, um anständig leben zu können; alle anderen erwarten stets den kommenden Tag mit großer Sorge.“ Der Mann hat damit den Nagel auf den Kopf getroffen.

Mögen daher Eltern und Vormünder bei der Berufswahl ihrer Kinder und Mündel prüfen, ob der Knabe oder das Mädchen sich für den Beruf eignet. Im Interesse der Beteiligten liegt es, den Nachwuchs im Schneidergewerbe nicht ins Ungemessene zu steigern und ihm keine Personen zuzuführen, deren Gesundheitsverhältnisse angesichts der Gefahren im Schneidergewerbe zu Bedenken Anlaß geben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Stimmen für die christlichen Gewerkschaften aus dem evangelischen Lager. In drei evangelischen Gemeindeversammlungen zu Aue i. S. referierte Gewerkschaftssekretär Voigt-Dresden über „Die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“. Nachstehende Resolution wurde jedesmal einstimmig angenommen: „Die Versammelten erkennen die Notwendigkeit an, daß die zahlreichen christlich und national gesinnten Arbeiter Schule und Stärkung finden in einer christlichen Organisation und versprechen, eine solche, wie sie in der christlichen Gewerkschaft seit Jahren an vielen Orten unseres Vaterlandes in Segen wirkt, mit allen Kräften zu fördern.“ Das widerlegt besser als alles andere das sozialdemokratische Gerede von den Zentrumsgewerkschaften.

Die Entlarvung einer sozialdemokratischen Schauermär.

Ohne Angabe von Ort und Datum geht zurzeit durch die ganze sozialdemokratische Presse eine angebliche „Erklärung“ des Mitgliedes Anton Weber vom christlichen Metallarbeiterverband. Weber soll den Sozialdemokraten erklärt und durch seine Unterschrift bestätigt haben, „daß er vom christlichen Metallarbeiterverband-Verwaltung Menden, mit noch 14 anderen Metallarbeitern nach Stuttgart gesandt (!) wurde, um dort bei der Firma „Sanataria in Arbeit zu treten“. Die „Erklärung“ ist auf dem Büro des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Hagen sozusagen erschlichen worden. Wie unehrlich und verschlagen die Sozialdemokraten zu Werke gehen, um sich Scheinbeweise für nicht vorhandenen christlichen Streikbruch zu verschaffen, wird in nachstehender Erklärung Webers vor aller Öffentlichkeit entlarvt.

Erklärung: Am Freitag, den 17. Januar. 1913 war ich auf dem Büro des sozialdem. Metallarbeiterverbandes in Hagen, und hat, in der Meinung, auf dem Büro des christl. Metallarbeiterverbandes zu sein, um Reiseunterstützung. Dort wurden mir und einem Kollegen, der bei mir war, von

dem Beamten zuerst ein paar Glas Bier traktiert. Man fragte mich nach dem Woher u. Wohin der Reise u. forderte mir mein Mitgliedsbuch ab. Mir wurde dann ein auf der Schreibmaschine hergestelltes Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt. Mit dessen Inhalt war ich nicht einverstanden. Der letzte Teil enthielt so viel Unrichtigkeiten, daß ich ein Drittel des ganzen Blattes vor Übergabe meiner Unterschrift abschneiden ließ. Daß ich, wie in dem mittlerweile in der sozialdemokratischen Presse veröffentlichten Schriftstück steht, von der Ortsverwaltung Menden des christlichen Metallarbeiterverbandes nach der Firma „Sanitaria“ geschickt worden sei, ist un wahr. Dieses Werk ist mir bis heute noch vollständig unbekannt. Ich war der Meinung, in dem Schriftstück hätte es heißen statt „Sanitaria“ „Sekretariat“, worunter ich unser Verbandssekretariat Stuttgart verstanden habe, wo ich von Menden aus freiwillig hingefahren war. In dem von mir unterzeichneten Schriftstück hat meiner Erinnerung nach das Wort Arbeitswilligen überhaupt nicht gestanden. Ferner habe ich zu erklären: Die Ueberweisung nach Stuttgart wurde mir auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin ausgestellt. Auch habe ich auf meinen ausdrücklichen Wunsch hin mit noch drei anderen Kollegen von Stuttgart aus zu Fuß die weitere Reise angetreten, um unterwegs Arbeit zu suchen; andernfalls hätte ich auf unserem Verbandsbureau in Stuttgart anstandslos das Fahrgeld zur Rückreise erhalten. Damit fallen sämtliche Schlußfolgerungen, die die sozialdemokratische Presse an meine angebliche Erklärung knüpft, restlos in sich selbst zusammen. Bochum, den 26. Januar 1913.
Anton Weber.“

Diese öffentliche Entlarvung der hinterhältigen sozialdemokratischen Kampfesweise gegen die christlichen Metallarbeiter in Menden sollte jedem denkenden Arbeiter die Augen öffnen. Nur durch restlosen Beitritt aller christlich-organisierten Arbeiter zur christlichen Organisation kann den Sozialdemokraten ihr unsauberes Handwerk gelegt werden.

Gerichtliches.

Transportgefährdung. Am Abend des 2. September v. J. ereignete sich am Luegplage in Düsseldorf-Oberkassel ein Zusammenstoß zwischen einem Lokalzuge der Rheinischen Bahngesellschaft und einem Motortwagen der Kleinbahnstrecke Düsseldorf-Neuß, weshalb sich heute der Wagenführer des Lokalzuges vor dem Düsseldorfer Schöffengerichte wegen fahrlässiger Transportgefährdung zu verantworten hatte. Er erklärte, daß er anlässlich des Ausstandes der Angestellten der Rheinischen Bahngesellschaft im Juli von der Gesellschaft eingestellt worden sei und daß er an dem fraglichen Tage einen Wagen habe fahren müssen, mit dessen Bremsystem er nicht vertraut gewesen sei. Aus den Aussagen anderer Angestellter der Rheinischen Bahngesellschaft ging hervor, daß der Angeklagte zur damaligen Zeit, als der größte Teil des geschulten Personals die Arbeit niedergelegt hatte und der Betrieb mit ungenügend ausgebildetem Personal aufrechterhalten werden mußte, an einen Posten gestellt worden, dem er nicht gemachsen war. Er erklärte, daß die Luftdruckbremse nicht funktioniert habe. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch festgestellt, daß für den Fall, den Wagen sofort zum Stehen zu bringen, dem Angeklagten noch die weiteren Bremsen zur Verfügung standen. Das Gericht nahm dann auf die ungenügende Schulung Rücksicht und erachtete eine Geldstrafe von 3 Mark als eine genügende Sühne.

Durch diese Verhandlung ist nunmehr schon zum zweiten Male an Gerichtsstelle festgestellt, daß die Rh. W. G. während des Ausstandes nicht genügend ausgebildetes Personal

zum Fahrdienst herangezogen hat. Wird nunmehr auch der verantwortliche Betriebsleiter wegen Transportgefährdung unter Auflage gestellt?

Sozialdemokratische Streiktaktik vor Gericht. Ein Beleidigungsprozeß, der mit der Metallarbeiterbewegung in Menden i. W. im Zusammenhang steht, kam vor dem dortigen Schöffengericht am 6. Januar zur Verhandlung. Der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Sierlohn des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Hoffmeister, hatte gegen den Gewerkschaftssekretär Steinacker vom christlichen Metallarbeiterverband in Menden Privatbeleidigungsklage angestrengt. Steinacker hatte mehrfach behauptet, Hoffmeister habe in einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Schmöle u. Co. mit dem zweiten Bevollmächtigten des roten Metallarbeiterverbandes in Sierlohn, Stork, erklärt: Dann werden wir unsere Mitglieder (des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes) anweisen, Streikarbeit zu leisten. Es handelte sich um den damals bevorstehenden Streik der christlichen Arbeiter bei der Firma Schmöle u. Co. Der von Steinacker angetretene Wahrheitsbeweis für die obige Behauptung wurde vom Gericht als vollkommen erbracht angesehen und der Privatkläger Hoffmeister mit seiner Klage abgewiesen. — Der Beklagte Steinacker hatte gegen Hoffmeister Widerklage erhoben, weil dieser in einer am 15. September in Menden abgehaltenen Volksversammlung ihn (Steinacker) einen gewissenlosen Ehrabschneider genannt hatte. Wegen dieser öffentlichen Beleidigung Steinackers wurde Hoffmeister zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde dem Widerkläger die Publikationsbefugnis im Märkischen Volksblatt zugesprochen. Fügt man dem noch hinzu, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband den ausgesperrten christlichen Metallarbeitern die Annahme von Arbeit in anderen Orten zu erschweren sucht, in Feuerbad bei Stuttgart sogar durch Arbeitsniederlegung ganz zu verhindern suchte, so weiß jeder, was er von der „Solidarität“ dieser „freien“ Gewerkschaftsorganisation zu halten hat.

Versammlungskalender.

- Jedes Mitglied sollte es sich zur Pflicht machen, regelmäßig und pünktlich die Versammlungen zu besuchen. Ohne wichtigen Grund versäume man keine Versammlung!
- Würzburg. (Städt. Arbeiter.) Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr Monatsversammlung im „Augustiner“.
 - Freiburg. (Städt. Arbeiter.) Sonntag, den 16. Februar, nachm. 2 Uhr Generalversammlung „Im Ganter“.
 - Moseneim. Sonntag, den 16. Februar, vorm. 10 Uhr Versammlung im Gesellenhaus. Bücher und Karten sind mitzubringen.
 - Köln-Stadt. (Gemeindefarbeiter.) Sonntags, den 16. Februar, vormittags 11 Uhr außerordentliche Generalversammlung im Gereonsbräu.
 - München. (Städt. Arbeiter und Straßenbahner.) Sonntag, den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr Generalversammlung im „Högerbräu“, Thal 75.

Gedenktafel.



Gestorben sind unsere treuen Kollegen:

Leonhard Hütt, München;
Jakob Zimmermann, Freiburg.

Ghre ihrem Andenken.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
Verlag: Peter Debenbach, beide Köln, Palmstr. 14.
Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.